

Ein Quartett mit schwachen Werten

RHEINPFALZ-UMFRAGE: Scholz, Merz, Habeck oder doch Weidel – welchen der Spitzenkandidaten der größeren Parteien wünschen sich die Pfälzer als Bundeskanzler? Nicht wenige sagen: keinen dieser vier. Es gibt aber einen Favoriten.

VON JÖRG SCHMIHING

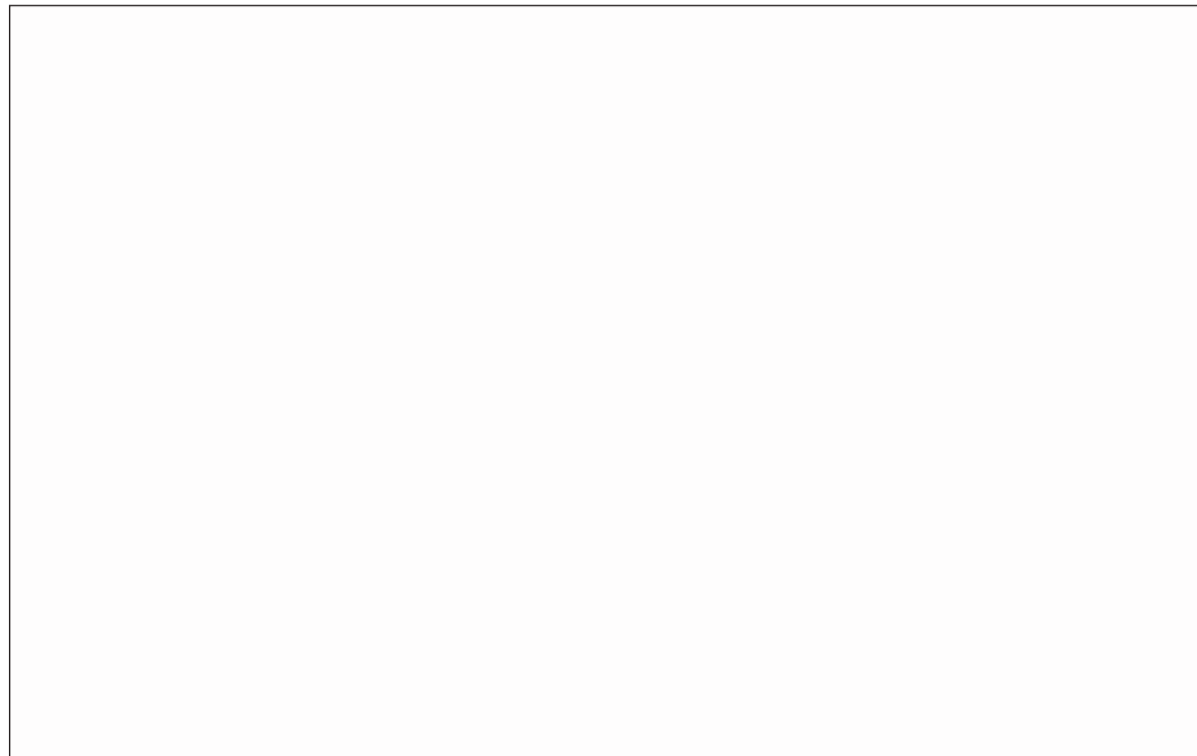
LUDWIGSHAFEN. Je nach Perspektive und politischer Präferenz war das TV-Duell zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und seinem wohl aussichtsreichsten Herausforderer Friedrich Merz (CDU) am vergangenen Sonntag entweder ein glattes Unentschieden oder ein Sieg nach Punkten. Möglicherweise lebhafter und lauter könnte es schon am Donnerstag zugehen, wenn die beiden sich erstmals in einer Runde mit dem Spitzenpersonal zweier weiterer Parteien konfrontiert sehen: Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und Alice Weidel (AfD). Wen können sich aber die Pfälzer als künftigen Regierungschef in Berlin vorstellen? Das hat das Mannheimer Institut Communication- & Marketing-Research (CMR) im Auftrag der RHEINPFALZ Anfang Februar 1000 Wahlberechtigte gefragt.

Die Antwort der Pfälzerinnen und Pfälzer darauf, wer bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin ihre Stimme bekäme, zeigt einen klaren Favoriten und sehr interessante Tendenzen mit Blick auf Alter und Geschlecht der Befragten – aber der Reihe nach. Die Interviewten sehen aktuell aus dem Quartett Merz, Scholz, Habeck und Weidel den Kanzlerkandidaten der Union vorn. Den 69 Jahre alten Friedrich Merz wünschen sich 26 Prozent der Umfrage-Teilnehmer an der Spitze eines künftigen Bundeskabinetts.

Schlappe für Scholz

Zumindest in der Region sehen sie im Kabinett aber keinen der führenden Protagonisten der nach dem Ausstieg der FDP zu Rot-Grün geschrumpften Ampelkoalition: Amtsinhaber Olaf Scholz (66) und seinen Stellvertreter, Wirtschaftsminister Robert Habeck (55), können sich jeweils nur 16 Prozent als Bundeskanzler vorstellen. Den zweiten Platz erreicht in der Umfrage AfD-Chefin Alice Weidel (46) mit 21 Prozent. Ebenfalls ein gutes Fünftel der Befragten sagt allerdings: Sie wollen keine dieser Persönlichkeiten im höchsten Regierungsamt der Republik.

Die Zeiten, als sich die Frage nach dem künftigen Regierungschef im Wesentlichen zwischen Schwarz und Rot entschieden hat, sind also offenbar vorerst vorbei – zumindest durch die Pfälzer Brille betrachtet. Für CMR-Geschäftsführer Werner Dieing zeigen diese Zahlen unterm Strich zunächst eins: „Es gibt keine klare Führungsfigur, was auf eine fragmentierte politische Landschaft hindeutet.“ Merz profitiere von seiner Position als



Hier wollen die Spitzenkandidaten der vier Parteien mit den derzeit höchsten Umfragewerten einziehen: das Bundeskanzleramt in Berliner Regierungsviertel. FOTO: DOROTHEE BARTH/DPA

Spitzenkandidat von CDU/CSU, Weidel allgemein vom steigenden Zuspruch, den die populistische und in Teilen rechtsextreme AfD erfährt. Der amtierende Bundeskanzler Scholz verliere deutlich an Rückhalt.

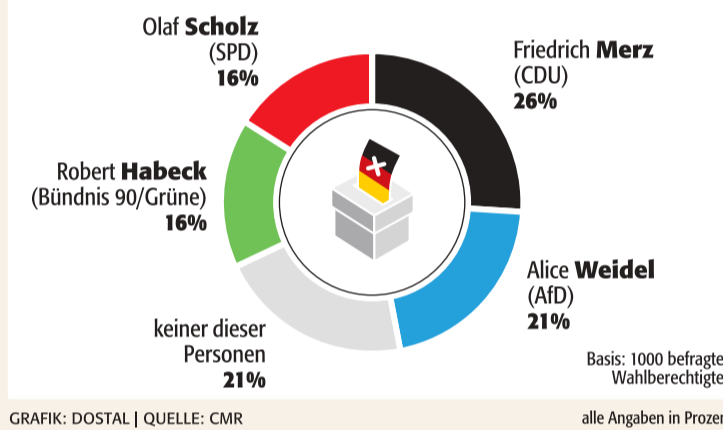
Merz punktet bei Älteren

Interessant ist auch der Blick darauf, welche Altersgruppe die jeweiligen Kandidaten besonders stark ansprechen. Bei keinem aus dem Quartett ist das so ausgeprägt wie bei Friedrich Merz: Fast 40 Prozent der Generation 70 plus würden ihn, sofern möglich, zum Kanzler küren. Auch Olaf Scholz hat mit 30 Prozent bei diesen Wählern die meisten Fans. Hier mit weitem Abstand am unbeliebtesten: Alice Weidel mit vier Prozent.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern. Ginge es allein nach den 18- bis 29- sowie 30- bis 49-Jährigen, dann säße ganz klar AfD-Politikerin Weidel als Chefin im Bundeskanzleramt: 30 beziehungsweise 31 Prozent der Befragten aus diesen beiden Altersgruppen sehen sie als beste Option für diesen Posten. Die weiteren Plätze belegen hier CDU-Mann Merz, die Grüne Habeck und Sozialdemokrat Scholz als Schlusslicht. Der Amtsinhaber erreicht seinen schlechtesten Zustimmungswert übrigens mit neun Prozent bei den 30- bis 49-Jährigen.

BELIEBTHEIT DER KANDIDATEN

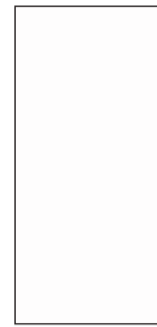
Wenn Sie die Bundeskanzlerin/den Bundeskanzler direkt wählen könnten, welcher Kandidatin/welchem Kandidaten würden Sie Ihre Stimme geben?



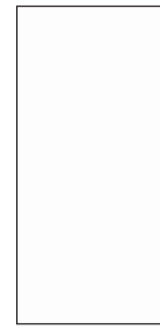
Weidel polarisiert stark

Dass die derzeitige politische Gemengelage und das Personalangebot polarisieren, zeigt die Analyse nach Geschlechtern. Am stärksten scheiden sich die Geister unter diesem Blickwinkel an AfD-Frau Weidel: Sie punktet mit 26 Prozent vor allem bei den Männern. Nur 17 Prozent der Frauen halten sie für eine geeignete Kanzlerin. Etwas mehr Zustimmung bei Männern hat auch Christdemokrat

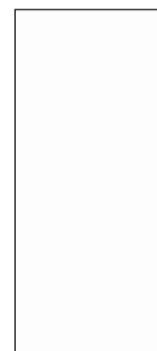
Merz – 27 Prozent, zwei Punkte mehr als bei den Damen. Die weiblichen Befragten sehen das Kandidatenfeld insgesamt kritischer als die Herren: Ein Viertel der Frauen möchte niemanden der vier Spitzenleute als Regierungschef sehen. Von Bedeutung für den Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar ist der Punkt, inwiefern es Kandidaten gelingt, ihr jeweils eigenes Lager zu mobilisieren und auch den Mitbewerbern noch Stimmen abzugeben. Den



F. Merz, CDU
FOTO: DPA



A. Weidel, AfD
FOTO: DPA



R. Habeck, Grüne
FOTO: DPA



O. Scholz, SPD
FOTO: DPA

größten Rückhalt bei Wählern ihrer jeweiligen Parteien haben Alice Weidel und Robert Habeck mit jeweils 88 Prozent, gefolgt von Friedrich Merz und Olaf Scholz mit 76 und 64 Prozent. Der Kanzler ist offenbar bei den Genossen selbst nicht unumstritten. Die größte Strahlkraft über die eigene Anhängerschaft hinaus haben Merz bei FDP-Parteigängern (47 Prozent) und Habeck bei Linken (39 Prozent) und Freien Wählern (31 Prozent). Gute Karten hat Weidel außer in ihrer Partei noch bei Unterstützern des Bündnisses Sahra Wagenknecht.

ZUR SACHE

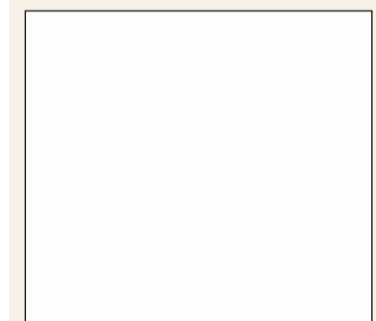
Das Mannheimer Institut CMR hat für die Umfrage 1000 Wahlberechtigte ab 18 Jahren telefonisch und online befragt. Die Auswahl der Haushalte erfolgte mittels Zufallsverfahren. Es berücksichtigt Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen in der Pfalz und die Tatsache, dass nicht alle Haushalte in öffentlichen Telefonverzeichnissen stehen. Befragt wurde jeweils das wahlberechtigte Haushaltsmitglied, das zuletzt Geburtstag hatte. Angeklopft wurden Festnetznummern, da Mobilfunknummern nicht eindeutig örtlich zuzuordnen sind. Die Daten wurden anhand von Zahlen des Statistischen Landesamts unter anderem nach Alter, Geschlecht und Bildung gewichtet. Stichprobengröße, Befragungszeitpunkte sowie das Verfahren gewährleisten laut CMR ein repräsentatives Ergebnis für die Pfalz.

AN RHEIN UND SAAR

Nach Klage: Schweitzer löscht Veröffentlichung

MAINZ. Nach der Klage der CDU-Fraktion gegen Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer (SPD) hat die Landesregierung die kritisierten Veröffentlichungen aus dem Netz genommen. Das teilte die Staatskanzlei am Mittwoch mit. Die CDU im Landtag hatte beim Verfassungsgerichtshof gegen Schweitzer geklagt, weil dieser sich in einem Newsletter der Landesregierung und Veröffentlichungen in den sozialen Netzwerken Instagram und Facebook „in seiner amtlichen Funktion“ als Ministerpräsident in die Diskussion und in den laufenden Bundestagswahlkampf „parteilich eingemischt“ habe. Dies sei „verfassungswidrig“, Schweitzer habe gegen das Neutralitätsgebot verstoßen. Mit der Klage wollte die Opposition sicherstellen, dass die Beiträge gelöscht werden. Das sei nun erreicht worden, so CDU-Fraktionsvorsitzender Gordon Schnieder: „Das Eilverfahren hat mit der Löschung seine Erledigung gefunden. Unsere Klage in der Hauptsache läuft weiter, diese war und ist richtig.“ Dass sich das Gericht die Sache genauer anschaut, ist auch der Wunsch der Landesregierung: Sie wolle Klarheit „in einem umfassenden Hauptsacheverfahren und keine kursorische Prüfung in einem Eilverfahren“, teilte sie am Mittwoch mit. Denn es gehe um die Frage, wie es zu bewerten sei, wenn nur mit Stimmen aus einer in Teilen als rechts-extrem eingestuft Partei, der AfD, eine Gesetzesmehrheit erreicht werden könne. Schweitzer hatte im Netz unter anderem seine Erleichterung darüber betont, dass der Bundestag am 31. Januar einen von der CDU im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf zur Migrationspolitik abgelehnt hatte. Ob er mit diesen Äußerungen als Ministerpräsident gegen das Neutralitätsgebot verstoßen hat, wird nun das Gericht entscheiden. |lrs

PFALZ KOMPAKT



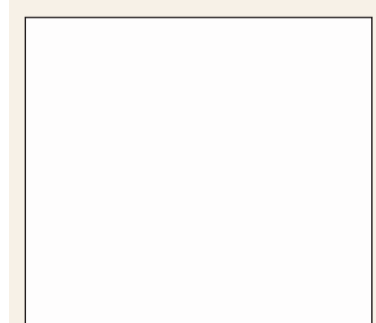
Stundenlanges Warten für Termin
Seit mehreren Monaten bildet sich vor der **Kaiserslauterer** Ausländerbehörde nachts ab 4 Uhr eine Menschengruppe von 50 bis 60 Personen – obwohl das Amt erst um 7.30 Uhr öffnet. Grund für den Ansturm ist die Hoffnung auf einen früheren Termin vor etwa zur Verlängerung eines Aufenthaltstitels. Nach Angaben der Stadt müssen Betroffene aktuell drei bis vier Monate auf ein Gespräch warten. Wie das Referat für Migration einräumt, seien die aktuell 17 Sachbearbeiter mit der Flut von Anträgen überlastet. Außerdem seien sieben Stellen nicht besetzt. Die Betroffenen warten zum Teil über vier Stunden – selbst bei Regen und Eiseskälte. |ppp

Zollhoftunnel gesperrt

Der Zollhoftunnel, eine zentrale Unterführung zwischen dem Rheinufer Süd und der Stadtmitte in **Ludwigshafen**, wird von Montag, 17. Februar, bis voraussichtlich 11. April komplett gesperrt. Laut Stadt muss das Regenwasserpumpwerk saniert werden, das sich am tiefsten Punkt des Tunnels befindet. Da rund 20.000 Fahrzeuge täglich durch die Unterführung fahren, ist mit Verkehrsbehinderungen zu rechnen. |mix

FOTO: PETER-PASCAL PORTZ

DANN WAR DA NOCH



... ein Briefkasten in **Frankenthal**, der offenbar für Riesen aufgestellt worden ist. Im Meergartenweg war die gelbe Box so hoch positioniert, dass ein durchschnittlich großer Erwachsener die Klappe gerade noch mit dem Kuvert an der ausgestreckten Hand antippen konnte, wenn er sich auf Zehenspitzen stellte. Ein Riesenstreich? Eher nicht: Bauarbeiter hatten den Kasten ausgegraben und auf der gegenüberliegenden Seite abgestellt, damit er abgeholt wird. Allerdings hatten sie vergessen, der Post Bescheid zu geben. Und so stand der Kasten samt Halterung eine gute Woche lang verloren herum – und wurde zwischen durch sogar geleert. |jala/Foto: privat

Zentrale Abschiebungen statt Kleinstaaterei

Statt der Ausländerbehörden vor Ort könnte das Land ausreisepflichtige Geflüchtete zentral zurückführen. Darüber will die stellvertretende Ministerpräsidentin Katharina Binz (Grüne) mit den Kommunen sprechen und trifft dort auf offene Türen. Woran es aber möglicherweise hakt.

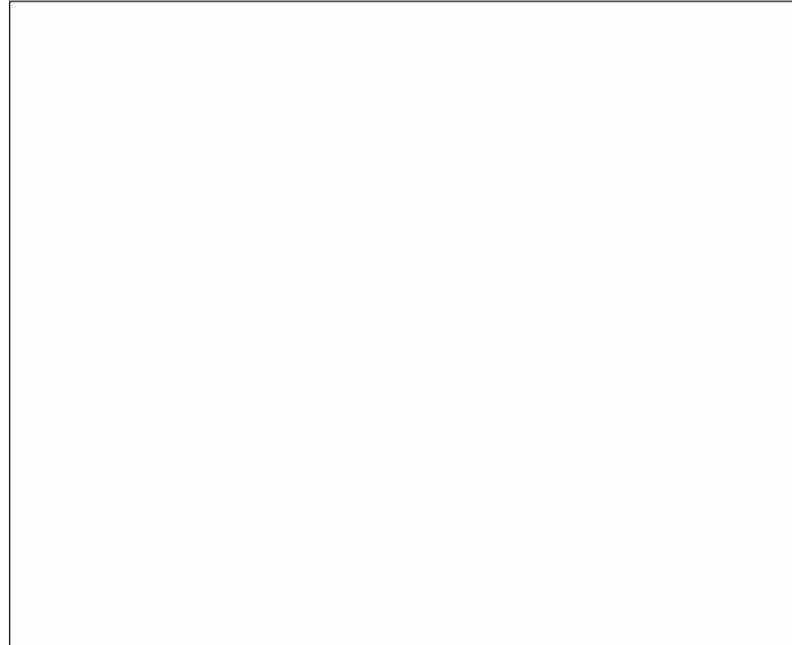
VON KARIN DAUSCHER

MAINZ. In Rheinland-Pfalz könnte die Rückführung von Geflüchteten, die kein Bleiberecht haben, künftig zentraler organisiert werden. Entsprechende Überlegungen hat Integrationsministerin Katharina Binz (Grüne) öffentlich gemacht. „Die Planungen stehen erst am Anfang. Es ist beabsichtigt, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Umsetzungsplanung aufzunehmen“ hieß es am Mittwoch auf Anfrage aus dem Ministerium.

Bisher herrscht Kleinstaaterei. Wenn Ausweisdokumente für eine Abschiebung fehlen, muss sich jede kommunale Ausländerbehörde kümmern. Die Beschäftigten müssen mit den aufnehmenden Ländern Verabredungen zur Übergabe treffen und passende Flüge buchen. Sie sind es auch, die die betroffenen Personen zusammen mit dem Ordnungsamt und gegebenenfalls der Polizei abholen und zum Flugzeug bringen müssen. Das gelingt nicht immer, manchmal spielen sich auch menschliche Tragödien ab.

Mehrere Behörden beteiligt

Hilfestellung bei der Passbeschaffung und künftig auch bei der Buchung von Flügen leistet die Zentralstelle für Rückführungsfragen in Trier, die zwar an der dortigen Stadtverwaltung angegliedert ist, aber vom Land finanziert wird. Eine weitere eingebundene Behörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier. Sie ist für die Erstaufnahme zuständig. Dieses System von Ausländerbehörden, der Zentralstelle und



In Richtung Afghanistan werden aktuell nur Straftäter abgeschoben. Diese Flüge organisiert ausschließlich der Bund. FOTO: MICHAEL KAPPELLER/DPA

der ADD solle „fortentwickelt“ werden. Das sagte Binz, die zugleich stellvertretende Ministerpräsidentin ist, laut einem Sprechervermerk am Dienstag im Integrationsausschuss des Landtags. Darüber hatte zunächst der SWR berichtet.

Mit einer weiteren Spezialisierung und Zentralisierung sollen Ausländerbehörden laut Binz entlastet werden. Die „hochvolatilen“ politische Lage in der Welt führe dazu, dass sich die Rückführungsmöglichkeiten oft kurzfristig änderten. Nach Angaben der Ministerin könnten die Zentralstelle in Trier und die Ausländerbe-

hörden an den Standorten der Erstaufnahmeeinrichtungen, in der Pfalz sind diese in Speyer und Kusel, den Kern einer „zentralisierten Bearbeitungs-zuständigkeit“ bilden.

Nach RHEINPFALZ-Informationen gab es innerhalb der Koalition aus SPD, Grünen und FDP in Mainz vor einiger Zeit schon einmal Gespräche über eine Zentralisierung der Abschiebungen, wie sie unter anderem in Baden-Württemberg und Hessen üblich sind. In Nordrhein-Westfalen ähnelt das System eher dem rheinland-pfälzischen. Allerdings scheiterte das Vorhaben in Mainz an der Frage

der Strukturen. Ob die ADD, die für sehr, sehr viele Themen, unter anderem die Schulaufsicht, zuständig ist, weiterhin eine wichtige Rolle in der Migrationspolitik spielen sollte, war offenbar umstritten. Die Idee eines neu zu schaffenden Landesamtes aber auch.

Unterstützung für die Idee, Rückführungen zu zentralisieren, erhält die Ministerin von den kommunalen Spitzenverbänden. Andreas Göbel, der Geschäftsführende Direktor des Landkreistages, und Lisa Diener, Geschäftsführende Direktorin des Städtetages, sehen in der derzeitigen Praxis eine erhebliche Belastung für die kommunalen Ausländerbehörden, teilen sie auf Anfrage in einer gemeinsamen Stellungnahme mit. Das Land verfüge bereits über das nötige Know-how aus den zentralen Aufnahmeeinrichtungen und könne durch gebündelte Expertise sowie eine engere Zusammenarbeit mit Partnern wie der Bundespolizei deutlich effizienter agieren.

Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) ist an Binz' Seite. Er stehe mit ihr in engem Austausch. „Das gilt auch bezüglich geplanter Gespräche zu einer möglichen Zentralisierung der Rückführungen, die ich grundsätzlich unterstütze.“ Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Prüfung, weil die „komplexen Vorgänge rund um eine Abschiebung zu einer großen Herausforderung“ für kleine Kommunen werden können. Das sieht auch Grünen-Fraktionschefin Pia Schellhammer so. Die FDP verweist auf die schnellen Asylverfahren in Rheinland-Pfalz und regt eine Zentralisierung von Abschiebungen an, um Vollzugsdefizite zu beheben.

KOMMENTAR

Es muss besser funktionieren

VON KARIN DAUSCHER

Markige Worte vom Abschieben in großem Stil sind schnell gesagt. Das System kollabiert aber in diesen Strukturen.

Die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Katharina Binz (Grüne) ist keine Frau von lauten Worten. In der aufgeheizten Migrationsdebatte hat sie nicht den großen Auftritt gesucht, um mit einem markigen Spruch über die Landesgrenzen hinaus bekannt zu werden. Da sie in der Asylpolitik einen Kurs fährt, der über die Mainzer Ampelregierung hinaus als „pragmatisch“ geschätzt wird, droht sie in der eigenen grünen Partei anzuecken. Zum Beispiel mit der Forderung nach einer Arrestmöglichkeit für gefährliche und straffällige Ausreisepflichtige. Vielleicht hat Binz deshalb den Fachausschuss im Landtag gesucht, um ihren Vorstoß für eine Zentralisierung der Abschiebungen zu platzieren. Der Ausschuss tagt meist unter dem Radar der Öffentlichkeit. Richtig ist der Vorstoß in jedem Fall. Die Ausländerbehörden müssen entlastet werden. Ob dazu eine neue Behörde nötig ist, muss die Regierung entscheiden. Anders als die Ampel in Berlin ist jene in Mainz noch im Amt. Soll sie jetzt zeigen, was sie kann.